



(Berichterstatter: Joachim Gasiacki)

Wiederum hatte das Landesbüro Schwerin der FES ein interessantes Diskussions-thema für ein Online-Meeting gewählt. Nach der Eröffnung durch den Büroleiter Frederic Werner und der Übernahme der Moderation durch Carsten Klehn, Leiter Unternehmenskommunikation der Rostocker Wohnungsgesellschaft, erhielt der Finanzminister von MV, Reinhard Meyer, die Möglichkeit, in seinem Statement die Frage zu beantworten, wie sich die finanzielle Situation in MV darstellt. Er verwies darauf, dass wir zwischen 2011-2019 in einer Periode des Aufschwungs hohe Steuereinnahmen erzielen konnten, aber einen vorhandenen Investitionsnachholebedarf behielten. Dann kam die Pandemie, zu deren Wirkungen er schon vor längerer Zeit den Satz geprägt hatte: „Corona ist mehr als eine Grippe für die öffentlichen Haushalte!“. Das Wegbrechen von Steuereinnahmen und die Hilfen für in Finanznot geratene Unternehmen sowie die hohen Ausgaben für Gesundheit und Digitalisierung führten zur Notwendigkeit – trotz der geltenden Schuldenbremse – Schulden in Höhe von gegenwärtig etwa 2,8 Mrd. Euro aufzunehmen. Diese Kreditgelder wurden in einen Fond „Sondervermögen“ eingebracht und sind über einen Zeitraum von 20 Jahren zu tilgen. Der Minister machte deutlich, dass wohl kaum nach der Bundestagswahl bei aller Notwendigkeit einer Steuerreform mit Steuer-entlastungen und der Abschaffung des Solidaritätszuschlages zu rechnen sei. Es würde eher erforderlich sein, Steuern für bestimmte Gruppen zu erhöhen.

Zur bestehenden finanziellen Situation im Bund und in den Ländern äußerte sich in einem zweiten Kurzvortrag der Präsident des Bundes der Deutschen Steuerzahler, Reiner Holznapel. Er erinnerte daran, dass die „Schuldenuhr“ seit 2018 rückwärtsgelaufen ist, die Pandemie alles verändert hat und wir gegenwärtig in Bund und Ländern eine Rekordverschuldung haben. Die Schuldenquote betrug 2020 insgesamt 82 %, wird für 2021 auf 75 % und

danach auf 80 % vom Steuerzahlerbund geschätzt. Insgesamt gesehen sei beim Stand der Wirtschaft in Deutschland die Situation aber nicht besorgniserregend. Für die Perspektive wurden von ihm folgende Positionen vertreten: Senkung der Besteuerung der Mittelschicht, Beibehalten des Solidaritätszuschlages, Überprüfung der Festlegungen zum Spitzensteuersatz, Prüfen einer Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und generelle Vereinfachung des Steuersystems.

Im dritten Vortrag legte Dr. Tobias Hentze seine Positionen dar. Er vertrat das Institut der deutschen Wirtschaft, das besonders von den Arbeitgeberverbänden getragen wird. Er ging davon aus, dass das Schuldenproblem noch keine besonderen Schwierigkeiten mache. Schulden seien per se weder gut noch schlecht. Es mache durchaus Sinn, dass der Staat sich in gewissem Maße verschulde. Die vom Steuerzahlerbund prognostizierte Entwicklung der Schuldenquote auf 80 % hielt er jedoch für zu hoch geschätzt, eher seien 60 % realistisch. Er war für eine Öffnung der Schuldenbremse, um sich Spielräume zu verschaffen. Die auch in MV benutzte Lösung, neben dem Haushalt ein „Sondervermögen“ einzurichten, verschiebe nur das Problem. Zukünftig nur auf das Sparen zu orientieren, sei durch die Auswirkungen des negativen demographischen Wandels gar nicht möglich. Höhere Steuern seien nicht der richtige Weg, da mit Ihnen nur kurzfristige Erleichterungen entstünden, aber mittlere und langfristige Belastungswirkungen in der Wirtschaft folgen würde. Es bliebe eine Diskussionsfrage in Wirtschaft und Politik, ob und wie man evtl. sowohl Unternehmenssteuern als auch Einkommenssteuern senken sollte.

In der weiteren Diskussion der Gesprächspartner unter Einbeziehung von Meinungen bzw. Fragen der 25 Beteiligten am Meeting wurden noch weitere Gedanken eingebracht: Interessant sind die Wahlprogramme dieses Jahres, die ja Aussagen zu den finanzpolitischen Entwicklungen enthalten, aber in der praktischen Politik nach den Wahlen einen vernünftigen Mittelweg zu finden, wird schwierig sein. Bei den Investitionen müsste man besonders darauf achten, dass für die Zukunft Prioritäten gesetzt und eine Zersplitterung der Mittel vermieden wird. Minister Meyer merkte an, dass das Land eigentlich wenig Spielräume habe, da etwa 90 % der zur Verfügung stehenden Finanzmittel durch Regelungen im Bundes- bzw. Landesrecht einsatzbestimmt sind.

Mancher der „stillen“ Teilnehmer aus unserem Bundesland hatte sicher erwartet, mehr Informationen über finanzpolitische Schwerpunkte in MV unter Berücksichtigung sowohl der Schuldentilgung als auch des erforderlichen Investitionsbedarfs zu erhalten – und das gerade unter sozialen Aspekten.